

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

73 (27.3.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkassier monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,30 M., vierteljährlich 3,90 M.; durch die Post 1,34 M. bezgl. 4,02 M.

Ausgabe: Wertag mittags: Geschäftszeit: 7-9 u. 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Typo. Kolonelleise od. deren Raum 25 A. zugügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/2 Vorm., für groß. Aufträge nachm. zuort. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die neue badische Verfassung.

Von Dr. Emil Kraus, M. d. N.-B.

I.

Die badische Nationalversammlung hat ihr Werk, das zu schaffen sie am 5. Januar d. J. gewählt wurde, vollendet. Baden hat — auch hier einmal wieder „Musterland“ — als erster deutscher Gliedstaat eine definitive neue Verfassung. An diesem entscheidenden Wendepunkt der badischen Geschichte müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen, daß wir nur der Revolution des 9. November 1918 das Neue verdanken. Die Revolution hat die Nationalversammlung berufen, aus der Revolution ist die neue Verfassung geboren. Die neue Verfassung ist das Fundament der neuen Zeit. Der versteinerte, der Revolution schließt, der in ihr nur das Beständige, das Verneinende sieht. Die Revolution zerstört, aber auch aufzubauen. In Baden haben die Errungenschaften der Revolution nun also ihren verfassungsrechtlichen Ausdruck gefunden, die übrigen Gliedstaaten sind daran, zu folgen und in Weimar vollzieht sich in diesen Wochen das schwere Werk der staatsrechtlichen Neugeburt, des revolutionären deutschen Reiches.

Wir müssen uns zur richtigen Gesamtbeurteilung der neuen badischen Verfassung darüber klar sein, daß jede Verfassung mehr oder weniger ein Kompromiß ist, der den tatsächlich bestehenden politischen Machtverhältnissen in etwa zu entsprechen sucht. Mächtig unserer Parteigenossen würde Manches lieber ganz anders sehen. Verhüte dich, lieber Freund, das geht den anderen Parteigenossen genau so, ja noch viel mehr. Denn wir hatten manche Dinge den anderen voraus: Der Regierungsentwurf war schon gleichsam eine sozialdemokratische Unterlage zu den Beratungen. Der Vorsitzende der Kommission war unser führender und sehr energischer Dr. Dieck. Und hinter uns stand die Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens, auf die wir uns manchenmal berufen haben, um etwas aus unserem Erfahrungsschatz in die Verfassung hineinzubringen.

Grundstück war ja die Revolution eine politische, ihre Grundforderung der freie Volksstaat. Wir werden im Einzelnen sehen, wie dieser bis ins Rechte in der neuen Verfassung verwirklicht ist. Dann aber ist sie eine soziale Revolution und in dieser stehen wir noch mitten darin. Von dieser sozialen Revolution ist in der badischen Verfassung nur wenig zum Ausdruck gekommen. Wir werden beim § 14 darauf eingehen. Aber bedenken wir doch: wirtschaftliche und soziale Entwicklungen von der Größe und Gewalt, wie sie sich in diesen Monaten in Deutschland vollzogen, können sich nicht in den Verfassungssparagrafen eines einzigen Gliedstaates niederschlagen. Die sozialistische Entwicklung wird mit elementarer Macht ihren Weg gehen, mit oder ohne Paragraphen. Und dann sind ja doch schließlich die ganzen großen Sozialisierungsfragen und die wirtschaftliche Verankerung des Nährstoffs Reichsproblems, die die Reichsverfassung bereits in Angriff genommen hat.

Mit Recht hat ein Redner in der Nationalversammlung betont, die neue Verfassung solle ein Volkseidbuch sein. Es handelt sich ja jetzt nicht mehr um eine Verfassung, die ein Monarch mit erblicher Krone seinem Volke angedeihen zu gewähren geruht, sondern das gesamte Volk selbst hat sich dieses neue Haus gebaut, um sich jetzt darin häuslich einzurichten. Auch wir hätten die Verfassung „deutsch“ gewünscht in Ausdruck und Stil, aber dem Deutschen scheint nun einmal die Liebe zu fremdsprachlichen Ausdrücken im Blute zu liegen. — Es soll nun in der folgenden Artikelreihe nicht auf alle Einzelheiten und Kleinigkeiten der neuen badischen Verfassung eingegangen werden, sondern nach einigen Hauptgesichtspunkten soll der wichtigste Gedankengang desselben unserer Volksgeheimen vor Augen geführt werden.

I. Staatsform und Staatsgewalt im Allgemeinen.

Der § 1 des 1. Teils der Verfassung beginnt mit den lapidaren Worten „Baden ist eine demokratische Republik“. Damit ist die vielleicht wichtigste Errungenschaft der Revolution für Baden gesichert. Die Stimmhaltung der Deutschnationalen bei diesem Satz hat nochmal recht deutlich gezeigt, wie notwendig es war, ausdrücklich die Republik als Regierungsform der Demokratie festzusetzen. Nach diesem furchtbaren Weltkrieg und dem vollgerüttelten Maß von Schuld, das die Monarchie fast der ganzen Welt an ihm haben, hat doch die Monarchie moralisch für alle Zeiten abgewirkt. Und den sozialistischen Staat können wir uns nur als Republik denken. Denn jede Monarchie und mag sie noch so konstitutionell sein, bedeutet einen ungesunden Zentralismus und Obrigkeitstaat. Und diese beiden Dinge widersprechen gerade dem demokratischen Selbstverwaltungs- und Organisationsprinzip. Wenn der Staat zur Gesellschaft wird, dann gibt es eben keine moralische Spitze! Nun genügt es aber nicht, Baden formell als Demokratie anzupreisen, es kommt jetzt alles darauf an, wie dieses demokratische Prinzip zur Durchföhrung kommt. Schon hier im 1. Teil werden dazu die Grundlagen gegeben. § 2 sagt: Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk. Die Staatsgewalt betätigt sich in Gesetzgebung, Rechtspflege und Vollziehung.

Die Paragraphen 6 bis 8 führen das noch näher aus. Es war nicht leicht, so tief die Volkshoheit in der Verfassung zu verankern. Besonders von liberaler, aber auch anderer Seite wurde immer wieder der Versuch gemacht, den alten Obrigkeitstaat durch irgend eine Hintertür wieder heranzubringen. Man flammerte sich an die alte für ihre Zeit vielleicht richtige Theorie der Trennung von Gesetzgebung und Vollziehung. Die Gesetzgebung sollte das Volk haben in die Vollziehung (Exekutive) aber sollte es nichts dreinzureden haben. Die Sozialdemokratie widerlegte sich mit aller Schärfe dieser rückwärtigen Auffassung. Sie wollte es in jeder Richtung klar in der Verfassung verankert sehen, daß das Volk der einzige Souverän und dieser aber auch ganz ist, und daß alle Vollziehungsorgane und deren Handlungen in letzter Linie vom Vertrauen des Volkes abhängig sind. Dem tapferen Kampf unserer Genossen in der Kommission, die dabei unterstützt wurden von den meisten Herren des Zentrums, haben wir es zu danken, daß auch diese Errungenschaft der Revolution gesichert ist.

II. Baden und das Reich.

Diese Frage muß, wenn auch nur ganz kurz, behandelt werden, weil sie bereits im 1. Teil der Verfassung eine Rolle spielt und sachlich von grundlegender Bedeutung ist. Es ist etwas Eigenartiges um dieses Verhältnis des Reiches zu seinen Gliedstaaten. Der am 9. November 1918, als die Throne stürzten und die Monarchen weggeführt waren, geschloß hat, daß jetzt an Stelle des künstlich von Bismarck zusammengeklebten Bundesstaates ein einheitlicher deutscher Volksstaat entstehen würde, der sich in seinen Erwartungen bitter getäuscht. Und wer, als der 1. Reichsverfassungsentwurf des Dr. Brüch herauskam, gehofft hat, daß die Reichsnationalversammlung rückwärts über allen veralteten Partikularismus hinwegschreiten werde, der erlebt, wenn er die Verfassungsberatungen in Weimar verfolgt, eine Enttäuschung um die andere. Man flammert sich da immer an das schöne Schlagwort der „besonderen Kulturaufgaben“ der Bundesstaaten. Woher sollen denn diese besonderen Aufgaben kommen? Etwa aus der ganz wilden, wahllosen und oft unnatürlichen Zusammenwerfung vieler deutscher Gliedstaaten? Wann bringt denn einmal die Einheit durch, daß ein deutsches Volk auch nur eine deutsche Kultur und daß gerade die Grundlagen dieser Kulturaufgaben vom Reich zu verwalten sind!

Auch in der badischen Verfassungskommission wurde der Ruf laut: „Baden den Badenern“, aber Dank der Einsicht von Demokratie und Sozialdemokratie ist dieses verhängnisvolle Prinzip nirgends zum Siege gelangt. Alle strittigen Grenzfragen bleiben der Regelung durch das Reich überlassen. So (§ 4) die Beschränkungen der Landeshoheit, die militärischen Angelegenheiten und das Staatsbürgerrecht. Wir Sozialdemokraten dürfen uns freuen, daß es gelungen ist, jeden einseitigen Partikularismus aus der neuen Verfassung zu verbannen.

Finanzierung der Lebensmittelfuhr.

Berlin, 26. März. Wie aus Weimar berichtet wird, besetzte sich das Kabinett gestern mit der Finanzierung der Lebensmittelfuhr und ermächtigte Herrn von Braun, in Noterben die Vereinbarungen über die zweite Rate abzuschließen. Bei voller Lieferung über in Aussicht gestellten Mengen ist zu hoffen, daß allmählich auch eine Erleichterung der Ernährungslage durch Ausgabe von Zuteilungen erzielt werden kann. Zusicherungen in dieser Hinsicht können solange nicht gegeben werden, als die Höhe der Sendungen noch nicht zu übersehen ist.

Berlin, 26. März. Um die Bevölkerung vor dem Hunger zu schützen, ist demnächst die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland dringend erforderlich. Die Veräußerung muß teilweise durch den Verkauf ausländischer Wertpapiere an das Ausland erfolgen. Zu diesem Zweck wird im Laufe der nächsten Tage eine Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen erscheinen, laut der alle ausländischen höchst verzinslichen Wertpapiere mit Ausnahme der russischen und der Anleihen unserer früheren Verbündeten dem Reiche käuflich zu überlassen sind. Verschiedene Wertpapierkategorien sind sofort gegen eine nach dem ungefähren Wert vom 31. Dezember 1918 berechnete Abschlagszahlung abzuliefern. Die anderen sind alsbald anzumelden. An alle Besitzer ausländischer Wertpapiere ergeht die Mahnung, ihrer gesetzlichen Pflicht zur Verhütung von Vermögensschäden oder Strafe nachzukommen.

Erleichterungen in der Blockade.

Bremen, 26. März. Nach einem Funkpruch der englischen Passenstillstandskommission ist die Blockade dahin geändert worden, daß alle Fischereieinrichtungen in der Nordsee zwischen 53 Grad Nord und 4 Grad 30 Min. Ost aufgehoben sind.

Englische Studienkommission.

Berlin, 26. März. (Privattelegramm.) Wie die „S. S. am Mittag“ von gut unterrichteter englischer Seite erfährt, trifft demnächst eine größere Studienkommission englischer Parlamentarier aller Parteien in Deutschland ein, um ein Bild von denjenigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Deutschland zu gewinnen.

Streikbewegung im Berggebiet.

Essen, 26. März. Die Streikbewegung im Bergbaubereich des Ruhrgebietes hat wieder größeren Umfang angenommen. In der heutigen Frühstunde waren die Belegschaften zahlreicher Zechen in den Ausstand getreten. Zum großen Teil

sind die Arbeitsniederlegungen mit den in Witten vorgekommenen Unruhen in Verbindung zu bringen. Im besetzten Gebiete streifen ferner die Belegschaften der niederschleimischen Bergbaugesellschaft.

Zur Lage in Ungarn.

Wien, 26. März. Die Reichspost meldet aus Budapest: Die alliierten Besatzungstruppen haben sich aus Szegedin und Arad zurückgezogen. Die Mitglieder der alliierten Militärmission haben Budapest bis auf einen amerikanischen Offizier verlassen.

Budapest, 26. März. Ungar. Korr.-Bur. Eine Verordnung des revolutionären regierenden Rates verfügt die Aufstellung von Revolutionsgerichten.

Budapest, 26. März. Graf Georg Karolyi, eine der hervorragendsten Persönlichkeiten unter den gegenrevolutionären Magnaten, ist gestern verhaftet worden.

Revolutionsbewegung in Galizien?

Wien, 26. März. Das Wiener Korr.-Büro erhält von der russischen Sowjet in Moskau folgenden Funkpruch: Galizien befindet sich in voller Revolutionsbewegung. Der Aufstand dehnte sich zuerst auf das Petroleumgebiet von Drohobycz aus, wo eine Sowjet von den Arbeiterdeputierten gebildet wurde. Der Bewegung schlossen sich die Arbeiter der benachbarten Gruben von Kalusz an. Die Regierung verfügte die Auflösung der Sowjets und die Gefangennahme der Anführer, doch schlossen sich die Truppen den Aufständischen an.

Wien, 27. März. Wiener Korr.-Büro. Aus hier vorliegenden Telegrammen aus Siry und Stanislaw vom 24. März ist zu schließen, daß die von der Moskauer Sowjetregierung durch Funkpruch verbreitete Nachricht von einer politischen Revolution in Galizien nicht auf Wahrheit beruht.

Zum Streit in Mülhausen.

Bern, 25. März. Nach der Meldung schweizerischer sozialistischer Blätter ist die Generalstreikbewegung in Mülhausen erloschen, ohne daß die Arbeiter ihre Forderungen durchsetzen konnten. Die Drohung der französischen Regierung, die Streikenden zur Zwangsarbeit in die zerrütteten Gebiete abzuführen, hat die Arbeiter veranlaßt, erneut den Bestrebenstag anzunehmen und mit ihren alten Lohnansprüchen zufrieden zu sein. In Lohnbewegung stehen lediglich nur noch die Metallarbeiter, die Eisenbahnarbeiter und die Straßenbahner. Der Belagerungszustand über Mülhausen bleibt weiter bestehen. Die verhafteten Gewerkschaftsführer bleiben in Haft, so daß nach der Ansicht der schweizerischen sozialistischen Blätter die französischen Behörden noch mit der Möglichkeit eines Generalstreikes rechnen.

Die Reichseisenbahnen.

I. r. Die Revolution hat den politischen Ueberbau mit einem gewaltigen Ruck beiseite geschoben. Mit ihm das Gottesgnadentum, ein Ueberbleibsel, aus einer längst verschwundenen Zeit. Andere Reste müssen von der noch lange nicht abgeschlossenen Revolution noch beseitigt werden. Wir denken dabei insbesondere an die aus der monarchischen Zeit überkommenen Reservatrechte der Einzelstaaten. Es wäre eine starke Verkennung der großen revolutionären Idee, wenn die alte erbliche Kleinhafterei in allen Teilen weiter bestehen bliebe. Vor allen Dingen muß erwartet werden, daß die von allen einschlägigen Wirtschaftspolitikern stürmisch verlangten Reichseisenbahnen endlich verwirklicht werden. Wir begrüßen es daher, wenn der § 90 des Entwurfs einer neuen Reichsverfassung dieselbe vorsieht.

Wenn Deutschland in der Welt bestehen will, muß es vor allen Dingen sein Verkehrsweesen nach großzügigen Gesichtspunkten leiten. All den Luxus gegenseitiger Konkurrenz im eigenen Lande, die Führung eines Kleinlichen, oft gefährlichen Kampfes, kann sich das Deutschland von 1919 nicht mehr leisten. Durch die Trennung in sieben Verwaltungen werden ungezählte Millionen Volksvermögen geradezu zum Fenster hinausgeworfen. Die Revolution muß hier ganze Arbeit machen. Sie darf nicht dulden, daß verhärtete Bürokraten, die in dem alten System des Partikularismus groß geworden sind, das Rad der Zeit rückwärts drehen. Aus allen Nachrichten geht hervor, daß besonders die Vertreter des Gliedstaates Bayern, jeden Fortschritt mit Entschiedenheit bekämpfen. Es scheint aber auch, daß das alte Preußen wieder erwacht. Nur zögernd folgt es dem Gebot der Zeit.

Wenn die alten Vertreter, für die neue Zeit, die stürmisch die Zusammenfassung aller Kräfte im Reiche fordert, kein Verständnis haben, so geht die Revolution auch über diese hinweg. Es ist ein kindlicher Gedanke, zu glauben, daß man in einer revolutionären Epoche durch Eigensinn überlebte Reservatrechte halten kann. Wenn jeder Gliedstaat eigenmächtig an seinen besonders geheiligten Rechten festhalten zu müssen glaubt, so bricht das Reich und alle seine Teile zusammen. Nur eine Reichseisenbahn ist imstande, den künftigen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Bau, Betrieb und Verkehr, geleitet von großen wirtschaftlichen Gesichtspunkten, das ist, was uns schon lange fehlt, was wir aber künftig nicht mehr entbehren können. Die Regelung des Verkehrs wird auch fernerhin Sache der einzelnen Direktionsbezirke sein, jedoch Heinen und Kleinlichen Sonderwünschen immer noch Rechnung getragen werden kann. Die Öffentlichkeit tut jedoch gut daran, die Reichseisenbahn zu ihrer Sache zu machen, damit sie nicht das Opfer einiger vom Belag nicht berührter bayerischer, sächsischer oder preussischer Geheimräte wird.

Die Fliegerbeschädigten. Die Notlage in der Textil-Industrie.

In der gestrigen Kammer-Sitzung wurden eine Reihe Interpellationen behandelt. Wichtigstes Interesse dürfte hierbei besonders die Interpellation über die Entschädigung der durch Fliegerbeschädigten Betroffenen haben. Für die Sachschäden hatte hierüber Minister Gaas die Auszahlung zu, während die badiische Regierung bei den Personenschäden erneut bei der Reichsregierung vorstellig werden wird. In lebhaften Worten vertrat Genosse Weismann die Forderungen der Karlsruher Fliegerbeschädigten, mit deren Entschädigung man trotz der schlechten Finanzlage nicht zurückhalten sollte, nachdem er einparas das Ludendorffsche System der Vergeltungspolitik mit berechtigter Schärfe gekennzeichnet hatte.

Bei der Interpellation über die Notlage der Textil-Industrie wurde endlich von den verschiedenen Rednern die harte Lage der Textilarbeiter zugegeben, was, wie der sozialdemokratische Redner Genosse Kiehl feststellte, in bemerkenswerter Weise abtrotzt von den sonstigen Neuierungen der politischen bürgerlichen Redner über die hohen Löhne der Arbeiterkraft. Fast unermittelt ging die Sitzung in eine politische Debatte über, in deren Verlauf die sozialdemokratischen Redner Maier-Geddesberg, Kiehl und Risch den trauernden Hinterbliebenen der Reaktion gehörig auf den Leib rückten, denen dann der alte Demokrat Venedy noch mehrere wichtige Sätze verles.

Im übrigen hat das Zentrum alle Ursache, in seinen Anklagen ruhig zu sein. Die Zentrumspresse spielte in den Juli-Tagen 1914 eine so verhängnisvolle Rolle, daß das Zentrum am besten unterläßt, die heutigen Verhältnisse zu bekräftigen, die nun mal durch seine Politik mit herbeigeführt worden sind.

Wenn schließlich der Zentrumsobermann Strauß stolz darauf war, daß seine Partei in Opposition zur Regierung Bodmann stand, so hat es keine Ursache, sich heute damit zu brüsten. Denn es stand in Opposition, weil ihm selbst die Regierung des alten Systems noch zu fortwährend kritisch war. Wir erinnern an die Zentrumsbilder mit der verächtlichen Bräuterei des Ministeriums Bodmann als Freund der Sozialdemokratie. Die Opposition des Zentrums war nicht anders als der Versuch, die Entwicklung Badens und auch Deutschlands noch mehr reaktionär zu gestalten, als sie ohnehin war.

15. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 26. März.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.45 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht eine Reihe Interpellationen.

Änderung der Fliegerbeschädigten.

Hierzu liegt eine Interpellation der Abg. G. Ehring (Dem.) und Genossen vor, in der angefragt wird, was zur Änderung getan wurde und was die Regierung zu tun gedenkt, den Ansprüchen der Beschädigten bei der Reichsregierung Erfüllung zu schaffen, ferner eine diesbezügliche kurze Anfrage Witte mann (Ztr.) und ein Bericht der Haushaltskommission über die Eingabe der Fliegerbeschädigten in Karlsruhe, die im Rahmen der durch die Fliegerbeschädigten Betroffenen vorgebracht wird.

Abg. Ehring (Dem.) begründet seine Interpellation. Viele unserer Mitbürger erlitten schweren Schaden. Manche Familie verlor ihr Vieh, viele ihren Ernährer. Wir dürfen überzeugt sein, daß die jetzige Volksregierung ernstlich daran geht, bei der Reichsregierung eine Entschädigung für die Beschädigten herbeizuführen. Es geht nicht an, daß man einem Grenzland alle Opfer auferlegt, ohne daß man endlich eine Regelung trifft.

Abg. v. Weidenstein (Ztr.) fragt an, was die Regierung zur endlichen Auszahlung der Beschädigten zu tun gedenkt.

Abg. G. Ehring (Dem.) berichtet namens der Haushaltskommission über die Eingabe des H. Schuhmann in Karlsruhe. Das Reich kann sich der Entschädigung der Betroffenen nicht entziehen. Zur Entschädigung der Sachschäden erklärte sich das Reich bereit. Viele Sachschäden sind auf diese Weise geregelt worden. Anders liegt es bei den Personenschäden an Leib und Leben, die durch ein zu schiefes Reichsgesetz noch zu regeln sind. Es handelt sich um 200 bis 250 Tote. Angefallen sind im Jahre 1918 2 880 A ausgezahlt worden. Wenn auch auf den Nachweis der Bedürftigkeit nicht verzichtet werden konnte, so wurde doch ein weites Entgegenkommen angewandt. Wenn die Klagen über die Form bei der Auszahlung berechtigt sind, so wäre diese Form zu

berurteilen. Was die in der Karlsruher Entschädigung geforderte Vorauszahlung betrifft, so war die badiische Regierung bereits in diese eingetreten. Was die Mindestforderung von 1000 A in allen Fällen betrifft, so kann man darüber im Zweifel sein. Dagegen muß bei den Ernährern eine Vollentschädigung eintreten. Die Kommission verlangt ein nochmaliges sofortiges Vorgehen bei der Reichsregierung. Die Kommission beantragt, die Karlsruher Resolution als Material zu überweisen.

Minister Dr. Gaas: Die Regierung begann schon im Jahre 1915 mit der Auszahlung von Vorentscheidungen, vor allem bei Abwendung einer Notlage. Außerdem war die grundsätzliche Regelung durch Reichsgesetz in Aussicht gestellt worden. Bis jetzt ge währte das Reich Baden für die Auszahlungen noch keinen Ersatz. Das Reichsamt des Innern teilt mit, daß zur Zeit eine Vorentscheidung mit Rücksicht auf die Lage nicht möglich sei. Die Regelung der Frage durch Gesetz sollte nach dem Mannschafteinsatzgesetz erfolgen. Wir müssen verlangen, daß das Reich die Schäden abtrotzt. Die badiische Regierung wird jetzt erneut wieder an die Reichsregierung für Regelung der Schäden herantreten. Dagegen werden die Sachschäden voll vergütet, wofür die badiische Regierung die Auszahlung übernommen hat. Hierfür wurden bereits 1 174 798 A ausgezahlt. Der Rest der Sachschäden wird jetzt in Eile fertiggestellt werden. Die ebadische Vorläufige Volksregierung wird alles tun, um die gerechtfertigten Wünsche zu befriedigen.

Abg. Maier (Ztr.) freut sich, daß die Reichsregierung bei den Sachschäden endlich den berechtigten Wünschen der Betroffenen Rechnung trug. Bei der Feststellung der Schäden soll nicht kleinlich verfahren werden. Auch bei den Schäden von Personen soll entsprechender geleistet werden. Ich wünsche Wegfall der Bedürftigkeitsklausel.

Abg. Weismann (Soz.):

Namens der sozialdemokratischen Fraktion stimme ich der Interpellation zu. Hier heißt es: Nicht reden sondern handeln. Wäre dies früher geschehen, so wäre die Interpellation nicht nötig. Heute müssen wir nach den vorhin abgegebenen Erklärungen des Herrn Ministers Dr. Gaas feststellen, daß jetzt die Fliegerbeschädigten und Hinterbliebenen der Fliegeropfer, soweit Personenschäden in Frage kommen, fast noch schlechter gestellt sind, als nach den früheren Forderungen. Wir haben von Herrn Dr. Gaas gehört, daß das Reich ein Personenschaden gesetz einbringen will, daß er aber erst auf sonstige Umstände mit der Einbringung in das Parlament gewartet werden. Und ich habe weiter aus den Erklärungen des Herrn Ministers verstanden, daß er sagt, soweit Personenschäden in Frage kommen, trage die vorläufige badiische Volksregierung Bedenken, diese Vorentscheidungen für die Personenschäden weiter zu tragen. Wir müssen somit leider konstatieren, daß die Entschädigung der Fliegeropfer heute auf das tote Geis geschoben worden ist. Das bellage ich außerordentlich. Es freibt einem ja das Blut ins Gesicht, daß die Entschädigungsfrage nach vier Jahren Krieg noch nicht erledigt ist.

Während des Krieges mußten wir schweigen, heute müssen wir aber sagen, daß wir endlich froh sind, seit dem 1. November in der fliegerlosen Zeit zu leben. Diese furchtbare Begleiterleistung war da, ohne daß wir sie wegnehmen konnten. Dafür mußte man aber die Fliegeropfer entschädigen. Es ist beklagenswert, daß diese gewaltige Ersindung so zur Vernichtung diene. Ich möchte nicht all die Plätze wiederholen, die der Fliegeropfer nachherufen wurden, bilden und drücken. Hätten wir jetzt nicht Frieden, so hätten wir jetzt die Schwärme der amerikanischen Flieger da und mannde Häuser wären noch eingestürzt worden. Verwerflich war im Kriege vor allem

das Schlimme der Vergeltungsmaßnahmen.

Damals wurden alle Nachrichten gesäubert und auch die Ente vom 1. August, daß ein französischer Flieger über Rünberg war, wurde gesäubert. Dieses System der ungläublichen Vergeltungsmaßnahmen führte den Krieg ins Endlose. Bedauern mußte man auch, daß die deutsche oberste Heeresleitung keine Vorläufige zur Vereinbarung über Fliegerangriffe machte (Abg. Kiehl: Ich bin unbedarft). Wir hätten ruhig hier Vorschläge machen sollen. Die Flieger hätten keine Ursache, zuerst Vorschläge zu machen, da sie bessergerüstet waren. Wenn Ludendorff, wie er beabsichtigte, Brandbomben über Paris in Massen geworfen hätte, so hätten die Flieger dies auch bei uns getan und wir Badener hätten dies zu spüren bekommen. Das war das Schlimme der Vergeltung, das uns selbst so sehr traf. Ueber diese Dinge konnte man während des Krieges nicht reden, da die Zeitung immer erst darauf

warten mußte, ob es der Zensur angenehm war. Der Sachschaden war nie hoch, wie es damals immer in der Zeitung heißen mußte. Bis heute sind noch nicht alle Fliegerbeschädigten vom Jahre 1915 in Freiburg festgestellt worden. Die „Volkswehr“ erhielt für über 900 A Schäden nur etwa die Hälfte ausbezahlt. Viele der Beschädigten sind mit Recht mit den Auszahlungen nicht zufrieden. Wir haben während des Krieges auch beobachtet, daß viele reiche Leute wegen der Flieger von Freiburg weggezogen sind; dieselben Leute, die in der Vaterlandspartei für Erwerbungen arbeiteten. So verlor Freiburg viele Millionen Kapital. An sich hatte Freiburg im Jahre 1915 einen Fliegerbeschädigten von rund 700 000 A, 1916 sogar von 1 350 000 A, 1917 von 1 190 000 A und 1918 von 228 000 A. Gestört wurden in Freiburg 30 Personen, verwundet 82 und der Gesamtschaden ist amtlich auf 2 730 000 A geschätzt worden. Karlsruhe hatte mehr Personen, Freiburg mehr Sachschaden. Am härtesten wurde jedoch Karlsruhe betroffen. Auch hier sind Fliegerbeschädigten von 1915 noch nicht bezahlt. In der Fliegerbeschädigtenversammlung in Karlsruhe ging es außerordentlich lebhaft her. Es sieht fast, daß bei den Erhebungen über die Bedürftigkeit Hebergriffe vorfallen, was die gereizte Stimmung hervorrief. So soll ein Beamter gesagt haben, daß wenn das Kind nicht in den Pirtus geföhrt werden wäre, ihm nichts passiert wäre. Eine andere Neuherung lautete: Wenn Ihr Sohn auf dem Schlachtfeld gefallen wäre, so wäre es das gleiche. Einer andern Familie wurde gesagt: Sehen Sie froh, daß Sie ein Kind weniger haben. So liegen zahlreiche Neuherungen verlesenswerter Art vor. Es ist bedauerlich, daß solche Ausdrucksweise vorfallen. Wenn auch der badiische Staat finanziell sehr belastet ist, so soll man doch mit der Entschädigung nicht sowohl die jetzige badiische Regierung, als vielmehr der ehemalige preussische Militarismus (Weiß bei den Sozialdemokr.)

Abg. Siegelmann-Oberbach (Ztr.): Die Ausführungen der Regierung, daß die Sachschäden erledigt sind, scheinen mir nicht ganz zutreffend zu sein. Wenn es sich um keine erhebliche Summen handelt, so sollte man die Entschädigung sofort vornehmen.

Minister Dr. Gaas: Wir gehen in der Auszahlung so entgegenkommend vor als möglich. Es soll das vergütet werden, was die Beschädigten wirklich an Auslagen haben. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß die Entschädigung für Schäden an Leib und Leben Sache des Reiches ist. Was wir jetzt auszahlen, ist nur eine Vorentscheidung für die folgende Entschädigung des Reiches. Wir tun, was wir möglich machen können. Wenn die von Herrn Weismann mitgeteilten Aussagen stimmen, so wird man gegen die betreffenden Beamten vorgehen. Doch muß in diesem Falle ein genauer Tatbestand vorliegen.

Die Beratung der Interpellation wird geschlossen. Die Karlsruhe Resolution wird als Material überwiehen.

Interpellation über die Textilindustrie.

Abg. Kiehl (Ztr.) begründet seine Interpellation über das Darinberliegen der Textilindustrie Oberbadens. Um die Industrie wieder in Bewegung zu bringen, brauchen wir Rohstoffe. Tausend fleißige Hände müssen untätig sein, weil nichts zur Verarbeitung da ist. Das ganze deutsche Volk muß aufgerufen werden um Protest gegen die Vergewaltigung der Entente. In Bremen soll noch nicht freigegebene Friedensbaumwolle liegen. Industrie und Arbeiterkraft will die Verteilung dieser Mengen. Die Lohnsteigerungen in der Textilindustrie kommen viel zu spät. Warum sprechen die Leute, die von hohen Löhnen sprechen, nicht auch von den geringen der Textilindustrie. Wir vertreten den Standpunkt, daß heute jeder arbeiten muß.

Minister Marquoff:

Auf eine Umfrage bei den Textilindustriellen wurde uns mitgeteilt, daß nicht ganz so viel Arbeiter als vor dem Kriege beschäftigt sind. Die Arbeitszeit ist auf höchstens 82 Stunden herabgesetzt worden. Das Darinberliegen der Textilindustrie beruht auf dem Mangel an Rohstoffen, an Kohlen und an Transportmitteln. Die noch vorhandenen Rohstoffe gehen bis Juni oder Juli aus. Es ist für die Regierung schwierig, teils unmöglich, Rohstoffe zu lassen, da wir keinen Einfluß auf die Ausbeutung der Dlodade haben. Anders der Redner auf die Wollade hinwies, gab er selbst die Antwort auf die Interpellation. In der Schweiz lagert viel weniger Baumwolle, als angenommen wird, so daß so gar deren Zufuhr aus wenig helfen würde. Durch die Rückbildung der Kreditie mußten Bestände verkauft werden. Ich kann bestätigen, daß in Freiburg noch 1917 ganz minimale Löhne an Textilarbeiter gezahlt wurden. Erst die Arbeiterorganisation hat hier Besserung gebracht. Die Verantwortung der Interpellation ließ sich nicht früher ermöglichen. Eine beschäftigte Verdrückung der Interpellation lag der Regierung völlig fern. Ich kenne das Stillschließen der Textilindustrie und der Textilfabrik als Arbeiterführer genau und weiß daher den Preisverfall in der „Konstanzer Zeitung“ und im „Rammheimer Tageblatt“ zurück. Inwieweit das gesamte Gebiet in die Unterklasse A kommt, dürfte die Wünsche der dortigen Arbeiterkraft befriedigt sein.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem 30jährigen Kriege von Friedrich Heime.

(Nachdruck verboten.)

„Wie?“ rief Arne betroffen. „Pring Bernhard von Weimar ist tot?“

„Das hast du auch nicht einmal gehört in deinem Patmos?“

„Ja — leider —“ der Rittmeister offenbarte durch einen Heften Zentner keine aufrichtige Betrübniß über das Ereignis. —

„Nieder hat französisches Gift, wie man munkelt, den großen Nachfolger des unsterblichen Gaius Julius aus dem Wege geräumt. Vor etwa fünf Wochen ist er bearbeitet worden. Nun ja, als ich ihn verließ, dachte ich, könnte dein Gift auch mal auf der Gegenseite verfallen. Und hier bin ich. Aber nun zu dir selber, Kamerad. Es versteht sich, daß ich dich sofort, wenn du willst, in Freiheit setze.“

„Ohne Lösegeld?“ fragte Arne mit feinem Lächeln.

Der Rittmeister schaute einige Augenblicke verdutzt auf den Sprecher.

„Um — ja — nein — weißt du, Herzbruder, wenn ich so reich wäre, wie ich arm bin, so wolle ich, hol mich der Teufel mit Händen und Füßen tun. Aber ich könnte gar nicht — ich habe den Soldaten ihren Anteil abzugeben — und —“

Arne lächelte und sagte: „Schon gut, ich verlange es ja gar nicht. Was forderst du?“

Der Rittmeister „berlegte. „Sag mir erst mal, Herzbruder, was haben die Kerle dir abgenommen?“

„Rund hundert Taler in Gold und Münze.“

„Mehr führst du nicht bei dir? Du weißt, nach Kriegsrecht —“

„Alles dein, was ich besitze. Ganz recht. Aber ich hatte wirklich nicht mehr bei mir. Heute in eurem Sinne habe ich nie gemacht, wie du weißt — ich blieb auf meinen Gold und meine Zuwendungen aus der Heimat angewiesen.“

„Gut, so mögen die Soldaten behalten, was sie bei dir gewonnen haben. Wieviel bietet dir mir freiwillig an? Es will ich die Frage lassen. Ich kenne dich, du bist kein Knauer.“

„Bist du mit tausend Talern zufrieden?“

„Topp — tausend Taler. Gib mir eine Verjährung auf ein altes Haus in Stockholm oder Hamburg, und die Sache ist

erledigt. Hier ist Papier und Tinte — aber für dich erst mal, Herzbruder!“

Arne dankt und stellt dann die gewünschte Anweisung mit wenigen Federstrichen aus.

„So, jetzt bist du frei — kannst hingehen, wohin es dir beliebt, aber wenn du mir einen Gefallen tun willst, so bleibst du erst einige Tage bei mir. Ich treue mich wirklich von ganzem Herzen, dich zu sehen. 's ist allerdings ein arbeitsreiches Leben hier — der Stoff — und die Leute sind arm wie Kirchentürme.“

„Hoffen gelassen, ich weiß nicht recht, was anfangen. Wo stehen unsere Landsleute und wie soll ich mich zu ihnen durchschlagen?“

„Untenwegs kann ich zehnmal wieder anfangen werden.“

„So weißt du nicht, daß wir mit einem Schwadentrupp fast Polen an Wästen setzen? Wenn du dich ihnen anschließest, willst, gebe ich dir eine Eskorte bis zu unseren Wärdosten mit — in zwei Stunden bist du draußen.“

Das war eine erfreuliche Botchaft. Der Hauptmann äußerte unversehens seine Befriedigung über diesen glücklichen Umstand.

„Das herumstreifende Leben führt zu nichts“, sagte er bei. „Ich habe bestimmte Pläne und will sie zur Ausführung bringen. Aber vorher muß ich die Freiheit meiner teuren Gattin erwirken — du wollest mich zum Driften führen — wollen wir zu ihm gehen?“

Rittmeister von Böner rückte unbehaglich auf seinem Postersessel hin und her.

„Ich sagte dir schon, das ist eine heisse Sache. Meine Gegenwart ist am Ende deiner Absichten nicht mal dienlich. Besser du gehst allein zu ihm.“

„Auch das. Denkst du, daß ich ihm Auslösung anbiete?“

Der Rittmeister suchte die Achseln.

„'s ist ein Fall, der das ganze Regiment angeht. Sonst ist er ja nicht so — indessen — der Tote steht keinem Herzen zu nahe. Nun, der Versuch kann nicht schaden. Ich gebe dir einen Soldaten mit, der dich zu ihm führt. Du bist selbstverständlich mein Gast, bis du und verläßt.“

Arne nickte und drückte dem alten Kameraden herzlich die Hand. Durch die Forderung der Auslösung sah er sich nicht

im geringsten beleidigt. Durch die Gebürche, welche das Lagerleben und der Krieg allmählich herausgebildet hatten, war sie vollkommen gerechtfertigt. Es gehörte zu den eigenartigen Ergebnissen dieses unheiligen Krieges, daß die Soldaten, so traurig und erpresserisch sie auch gegen das Volk auftraten, gegeneinander wie vollkommene Kavaliere handelten. Man bekämpfte sich in der Schlacht, aber im übrigen war der Feind kein Feind mehr, sondern ein Kamerad, der sein Brot eben im gegnerischen Lager fußt. Die meisten von den Offizieren und Soldaten griffen ein oder mehrere Male in Gefangenenschaft solchig behandelte man den Gefangenen so, wie man im gleichen Falle von ihm behandelt zu werden wünschte. Nur die Anbrücke auf Wägdal und das Eigentum, das der Gefangene bei sich trug, wurden aufrecht erhalten. Fälle, wie der hier beschriebte, gehörten durchaus nicht zu den Seltsamkeiten. Driften von Helfarden entfangt dagegen den jungen Hauptmann durchaus nicht mit gleicher Liebenswürdigkeit. Der Tod seines Liebhaberbruders hatte ihn um so schwerer getroffen, als derselbe auf eine seiner Meinung nach so schimpfliche Weise — durch die Hand eines Weibes — herbeigeführt worden war. Sein erster Befehl war, das Frauenzimmer durchnapfen und dann ohne Verhör aufzuhängen. Erst die Einwendungen des Profosbes und einiger anderen Offiziere, welche geltend machten, daß es sich doch um die Frau eines Offiziers handle, bewirkten eine Milderung seines Entschlusses insofern, als er Erdr gab, die Mörderin vor das Standgericht zu stellen. Das Resultat war ja auch auf alle Fälle daselbe. (Fortf. folgt.)

Eingegangene Bücher u. Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Taschenkalender für die Regierungsjahre für 1919. 3. Jahrgang. Herausgeber: Frh. Wilhelm, Beamter beim Bad. Landv. Verein. Verlag der G. Braun'schen Buchdruckerei in Karlsruhe. Preis geb. 1.80 M. Dies ist etwas wirklich Praktisches für den Besitzer eines Kleingartens, besonders für Anfänger. Eine für das ganze Jahr eingeteilte Anleitung, den Garten jagdnach bebaulich und ertragreich zu bewirtschaften. Alles übersichtlich, klar und verständlich, so daß ein guter Erfolg nicht ausbleiben kann. Dazu Aufsätze und Tabellen über Samenbehandlung, Bau eines Gartenhauses, Schädlings, Düngung, Begießen usw. usw. Wir empfehlen den Kalender bestens.

Baden.

Die Wetterlebenswirtschaft des Herrn Abg. Mayer.

Der deutsch-nationale Herr Abg. Mayer hat es für nötig befunden, in einer seiner letzten Landtagsreden in bekannt häßlicher Art über die Revolution wieder einmal herzuweisen. Wir kennen diese Worte des Vertreters der Potentatkräften schon und nehmen derlei Ergüsse im allgemeinen nicht besonders tragisch. Nur auf einen Punkt möchten wir hinweisen, der sich im Munde eines Mannes, der am liebsten morgen wieder sämtliche Fürsten und Fürstinnen herbeirufen möchte, recht sonderbar ausnimmt, und an dem man die ganze Verlogenheit der ehemals konservativen, jetzt christlich-deutsch-völkisch-nationalen usw. Herrschaften erkennen kann. Herr Mayer plauderte nämlich gegen die „Wetterlebenswirtschaft“ in der Demokratie loszulegen zu müssen. Wir sind damit ganz einverstanden: den Tüchtigen, ohne Rücksicht auf Geburt usw., an seinen Platz zu stellen, war schon lange unsere Forderung. Daß aber gerade Herr Mayer nun diesen Ruf erhebt, ist sehr pikant. Wir nehmen an, daß dies aus einer tiefen Selbsterkenntnis der Sünden seiner eifrigeren Partei und im übrigen, der Zeit entsprechend, aus bußfertiger Gesinnung kam. Denn keine Partei hat so die Wetterlebenswirtschaft als System gepflegt wie die Konservativen. Wer wurde denn im monarchischen Staat nur Diplomat, Minister, hoher Beamter, hoher Militär; wer sah in den hohen Verwaltungsstellen und an den leitenden Posten? War dies nicht eine stets verwandte und verlässigste Sippe, mit mehr oder weniger Gottesgnadentum behaftet? Waren nicht die Monarchen alle „Wetter“ — und weiß der Herr Mayer nicht, wie viele fürstliche und adlige „Wetterlebenswirtschaft“ uns im Krieg und vor „Krieg“ geschadet hat, und daß wir jetzt die Suppe auslöffeln müssen, welche uns jene „Wetter“ eingebrockt haben? Wer wir brauchen nicht einmal soweit zu gehen: bleiben wir mal hübsch bei den Berufsangehörigen des Herrn Mayer und schauen wir einmal um, was für eine Wetterlebenswirtschaft von Schwarzenbühlern die Zeitung im Ministerium des Kultus und Unterrichts zu Hause war und, wie man hört, sogar heute noch ist. Es wäre interessant, einmal einem Unbekannten die Akten dort öffnen zu lassen; er würde sehr interessantes Material darüber finden, wie die geistlichen Wetter des Herrn Mayer dort über Volksschullehrerchikale bestimmen durften. Wo, berichtet Herr Oberbürgermeister und Vertreter des monarchischen Gedankens, ein hübscher vorsichtiger Mann in Zukunft, wenn man so gründlich im Glashaus sitzt! Die Demokratie mit ihrer Auslese der Tüchtigen hat den Bormwurf der Wetterlebenswirtschaft nicht zu scheuen, wohl aber die reaktionäre Sippe, die anstehend Angst hat, daß noch einige Thronstühle und Gefäßstücke ins Wackeln kommen könnten. Was übrigens da und dort nichts schaden würde!

„Zentrumsgefühle“. Es mußte uns mit einer gewissen Genugtuung zu erfüllen, als wir in der Nummer vom letzten Dienstag des Kasseler Zentrumsorgans, der „Kasseler Zeitung“ lesen konnten, daß die Sozialdemokraten tatsächlich bei den letzten Wahlen gesiegt haben, und daß „die Sozialdemokratie nicht den Erfolg mit dem ihren Anhängern eigenen Eifer und Zielbewußtsein auszunutzen“. Nach weit interessanter sind aber folgende Worte aus dem gleichen Artikel: „Werbet für die Zentrumspressen! In jedes katholische Haus eine katholische Zeitung!“ Wir danken dem Kasseler Zentrumsorgan für die Feststellung, daß es eine katholische Zeitung ist, und müssen uns nur wundern, daß Herr Götzmann, Vorsitzender der Zentrumsgruppe in Kassell, alle Personen, die auf dem Boden der Zentrumsparole stehen, gleich welche Konfession, zur Gründungsversammlung einer Zentrumsgruppe in derselben Nummer des Blattes einlabet. Wie reimt sich das?

Anfragen und Antworten aus der badischen Nationalversammlung. Die Abgeordneten D. Goldmann und Gerber haben folgende kurze Anfrage erbracht: Soviel uns bekannt, schweben schon seit längerer Zeit Verhandlungen der provisorischen Regierung mit dem eigentlichen Bundesrat betr. Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in Basel. Ist die provisorische Regierung in der Lage, über den Stand dieser Verhandlungen Mitteilung zu machen, bezw. den Zeitpunkt, bis zu dem die Wiedereröffnung des badischen Bahnhofs in Basel für den Personenverkehr in Aussicht steht? Wir begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort.

Ueber die Lebensmittelfürsorge (Kartoffelverteilung) haben die Abg. Karl Mayer, Schöpffe (Deutsch-nationale) folgenden Antrag der Nationalversammlung vorgelegt: Wir beantragen, daß die Nationalversammlung in Verbindung mit den Regierungsorganen und den Kirchenbehörden, falls diese dazu bereit sind, eine das ganze Land umfassende und einheitliche Aktion unternehmen zu dem Zweck, eine freiwillige Sammlung von Kartoffeln gegen Bezahlung zu veranstalten. Falls die Nationalversammlung dem Antrag im Grundsatz zustimmt, soll eine Kommission von 7 Mitgliedern der Kammer mit der Ausarbeitung der Vorarbeiten an die ganze Bevölkerung sowie den weiteren nötigen Maßnahmen betraut werden.

Die von den Abg. Spang und Genossen (Zent.) wegen der

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Konzert des Karlsruher Liebertrags. Gleich der Lieberhalle acht Tage vorher fand auch der „Liebertrags“ bei seiner ersten Veranstaltung nach dem Kriege am letzten Samstagabend ein volles Haus vor, der Saal der Festhalle dürfte bis zum letzten Platz besetzt gewesen sein. Der Männergesang ist eben doch die Kunstgattung, die im Volke am tiefsten wurzelt und die im Kriege sich im Herzen des Volkes nur noch fester verankert hat, denn man braucht nur, weiß, was der Gesang den Soldaten bedeutete; es ist nicht übertrieben, wenn wir sagen: so viel wie das Offizieren. Wenn gelungen wurde, gab es keinen Hunger, keinen Durst, keine Strapazen mehr; der Gesang war das feste Bindeglied mit der Heimat. Und wie so viele brauchen erst das Schreiben lernen, wir meinen nicht das schriftliche Schreiben, das kennt wohl jeder, sondern vielmehr die Fähigkeit, sich im Briefe recht auszudrücken, Stimmungen, Empfindungen wiederzugeben, sich auszuteilen — so lernte ein jeder auch erst das richtige Singen, das Tiefe, Schöne, Große, das im Männergesang liegt. Das Verhängnis für die tiefere, innere Bedeutung des Männergesanges ist in dem Maße draußen erwacht, er hört nun nicht nur mehr mit, sondern er fühlt auch jetzt, empfindet feilsch mit: eine Erzeugung des Krieges, die man auf der schmalen und kleinen „Baden“-Seite buchen kann.

Der Chor des Liebertrages hat nun wieder eine anscheinlich glückliche erreicht, die Friedensstärke ist es zwar noch nicht; das Konzert zeigte auch, daß in der kurzen Zeit, seit der Verein wieder seine volle Friedensfähigkeit aufgenommen hat, schon tüchtig gearbeitet wurde. Die sieben Chöre, die der Chor unter der Leitung seines Chorleiters Heinrich Casimir vortrug, zeigten, daß der musikalische Fundus wieder voll vorhanden ist; mit padender Eindringlichkeit, nach Seiten des geistigen Gehalts wohl ausgefüllt, kamen die Lieber besten zur Geltung. Die sorgfältige Textauswahl läßt besonders Studium vermuten. War auch der eint-

Uebergang gegen die Pressefreiheit eingebrachte Interpellation, den Satz der persönlichen Pressefreiheit betr., lautet: Die neue badische Verfassung sieht das Recht der freien Meinungsäußerung, insbesondere die Press- und persönliche Freiheit vor. Im Gegensatz hierzu haben in Willingen verschiedene Personen, darunter Mitglieder des Arbeiterrates, den Redakteur Friedrich vom „Willinger Volksblatt“, gezwungen, die Zeitung dieses Blattes niederzulegen und innerhalb 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Was agiert die Regierung zu tun, um bezügliche Ungehörlichkeiten in Zukunft unmöglich zu machen und der so angegriffenen Person zu ihrem Rechte zu verhelfen?

• Deisingen bei Bruchsal, 26. März. In der Nacht zum Sonntag brannten das Anwesen des Julius Raugel und das Oefelomieggebäude des Josef Gramlich nieder.

• Offenburg, 27. März. Der französische General Duffieux in Neß hat einen Erlaß herausgegeben, wonach den Landwirten, die im unbefestigten Gebiet wohnen, aber im befestigten Gebiet Grundstücke haben, erlaubt wird, das befestigte Gebiet zu betreten, um die Bestellung der Wiesen und Weiden durchzuführen. Die Landwirte müssen einen besonderen Ausweis besitzen und werden durch französische Posten kontrolliert.

• Engen, 26. März. Der Volktrat hat in seiner letzten Sitzung seine Auflösung beschlossen.

• Bruchsal, 26. März. Im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet hat der Schmuggel in den letzten Wochen außerordentlich überhand genommen. Besondere Verbrechen in Stärke von oft gegen 200 Köpfe haben den Schmuggel großartig organisiert. Viele Tausende von Schweizer Schuppen werden nachträglich über die Zollgrenze geschickt. Die Schmuggler verdienen bei jedem Gang bis gegen 500 Mark. Nicht immer gelingt ihr Werk, denn zurzeit sind in Basel über 100 Schmuggler in Haft.

Kommunalpolitik.

Kommunalverbandsgeheimnisse.

— Otlingen, 26. März. In unserer Nummer 37 vom 8. März richteten wir einige „Kleine Fragen“ an den hiesigen Kommunalverband. Die Zeitung des Kommunalverbandes fand es aber nicht für notwendig, dieselben zu beantworten, trotzdem es hier schon seit langer Zeit allgemein bekannt war, daß es dort „stinkt“. Nun bringt die heutige Nummer des „Mittelbadischen Kurier“ folgende Nachricht: „Der „Bad. Landsmann“ weiß über schwere Veruntreuungen einer heim hiesigen Kommunalverbands angestellter Angestellten Frau Kellner geb. Labage von Karlsruhe zu berichten. Die Summe der entwendeten Gelder und Waren dürfte sich auf etwa 12000 Mark belaufen. Das Geld soll sich aus dem Erlös von verkauften Schuhammern, Woll- und Wollewaren usw. zusammensetzen. Ferner soll die betreffende als verfallen haben, nach ihrer persönlichen Entlassung sich einen Pass zu erwirken. (1 D. Red. d. B.) Auf eine Erfindung an maßgebender Stelle wurde uns mitgeteilt, daß die Unterabteilungen nicht 12000 Mark, sondern nur 2000 Mark betragen, was wir hier berichtend vermerken.“

Unsere Anfragen waren also nicht unbedeutend. Wir hoffen nun, daß sich die Staatsanwaltschaft und der Volktrat mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen. Erneut fragen wir aber: Wie konnte es möglich sein, daß der Zeitung des Kommunalverbandes diese Ungenauigkeiten (um uns solche auszusprechen) entgangen sind? Die Einwohnerzahl hat ein berechtigtes Interesse daran, daß obige Anwesenheit und noch verschiedene andere „aufgeklärt“ werden. Wir werden noch weiteres berichten. — Mit der Verteilung des Meines will es allem Anschein nach auch nicht recht klappen. Wie wir hören, beschloß der Ernährungsausschuß, denselben durch die Kaufstellen bei den Kaufleuten verteilen zu lassen. Der Kommunalverband hat sich aber allem Anschein nach nicht um diesen Beschluß; denn er will denselben den Weinhändlern zur Verteilung übermitteln. Warum das?

• Mannheim, 27. März. Eine Straßenbahnerversammlung nahm eine Entschließung an, in welcher zum Ausdruck kommt, daß, wenn der Württembergische Staat die Forderungen der Straßenbahner nicht vollständig annimmt, die am 1. April in den Streit eintreten. Die Straßenbahner verlangen eine Jahreszulage von 1888 Mark, während die Stadt nur eine Jahreszulage von 1000 Mark bewilligen will.

Soziale Rundschau.

Zur Brauereiarbeiterbewegung in Baden.

Die Lage der Brauereiarbeiter in Baden ist zur Zeit die denkbar schlechteste. Die Löhne stehen auf einem so tiefen Niveau, daß sich Notstandsarbeiter und Arbeiter, die auf die öffentliche Unterstützung angewiesen sind, als Größtenteils gegenüber den Brauereiarbeitern fühlen können. Als die Kriegsteilnehmer aus dem Felde zurückkehrten, war gerade auch der Tarifvertrag für Mittelbaden zu kündigen und die Brauereien bemüht die Gefahrheit durch Androhung der Nicht-

stellung und Schließung der Betriebe die Arbeiter geistig zu machen und mit niederen Löhnen abzurufen. In Anbetracht des bevorstehenden Waffenstillstandes und Friedens stimmten die Arbeiter damals der Abmachung zu, in der Hoffnung, es würde vielleicht eine Entspannung der Lage und ein Sinken der Lebensmittelpreise eintreten. Dies ist leider bis zum heutigen Tage nicht der Fall und es ist auch keine Aussicht auf Besserung vorhanden. Es war deshalb für die Brauereiarbeiter kein anderer Ausweg mehr möglich, entweder der Brauerei den Rücken zu kehren oder neue Anforderungen zu stellen. Zu letzteren haben sich nun die Arbeiter entschlossen und dem Mittelbadischen Brauereiverband Forderungen zu stellen lassen, worin unter anderem eine Erhöhung der Lohnzulage von 20 Mark pro Woche vorgelesen ist. Da eine Verzögerungspolitik verabschiedet werden muß, verlangen die Arbeiter, daß die Brauereien zugleich dazu Stellung nehmen und ist auf Montag den 31. März, nachmittags 3 Uhr im Saale zum Friedrichshof eine große öffentliche Brauereiarbeiterversammlung einberufen, die zu dem Resultat Stellung nehmen wird. Auch die Regierung ist von der Notlage der Brauereiarbeiter unterrichtet, hat aber bisher noch nichts in der Sache unternommen, obwohl am 1. April das Bier wieder um Millionen Mark in Baden durch die neue Steuer belastet wird. Die Brauereiarbeiter werden daher wohl auch gegenüber dem Ministerium Stellung nehmen, wenn bis dahin nichts von der Regierung geschieht. Die gleichen Forderungen wurden auch dem Oberbadischen Brauereiverband in Freiburg unterbreitet, jedoch also auf der ganzen Linie die Brauereiarbeiter kampfbereit dastehen und fest entschlossen sind, ihre Forderungen mit allem Nachdruck zu verteidigen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Verein des 9. bad. Kreises der Bezirke Forstheim, Durlach, Otlingen und Gernsbach. Die Ratgeber und Vorsitzende der Mitgliedschaften erstellten das Material zur Abrechnung zugestellt. Da mit dem 4. Quartal das Geschäftsjahr abschließt, eruchen wir dringend, die Beiträge vollständig zu schicken und nach dem 1. April die Abrechnung ungekümmert fertig zu stellen; dieselben müssen spätestens den 10. April dem Kreisvorstand zugestellt sein. Soweit noch ausstehende Beiträge sind, wollen man dieses sogleich vorantreiben. Der Kreisvorstand.

Durlach, 24. März. Sozialdem. Verein. Die Mitgliederversammlung vom letzten Samstagabend hatte einen vorzüglichen Verlauf aufzuweisen. Gen. Siegler erläuterte den Bericht über die am 17. März im „Darmstädter Hof“ stattgehabte Bezirkskonferenz. Eingehend berichtete er über die Ausführungen der Gen. Weber und kurz hinsichtlich des neuen Gemeindeforschusses und der künftigen zu verfolgenden Gemeindepolitik unserer Genossen in den Gemeindevorträgen und hat besonders hervor, daß die Delegierten auf der Konferenz besonders ihrer Zustimmung darüber Ausdruck verliehen hätten, daß es nicht möglich war, die allgemeine Neuwahl aller Bürgermeister im Geseh durchzuführen. Die Konferenz sei vom besten Besitze besetzt gewesen. Die Aussprache über den Bericht war eine lebhaft und sachlich. Im Anschluß daran nahm die Versammlung Stellung zu den Gemeindevorträgen. Beschlossen wurde, eine siebenköpfige Kommission zu wählen, die gemeinsam mit dem badischen Kreisvorschuß die weiteren Vorschläge zu erörtern hat. Beschlossen wurde ferner, eine vollständige Kandidatenliste aufzustellen. Sodann wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen.

k. Griesingen, 26. März. Soz. Partei. Nächsten Samstag, 29. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal oberhalb der Generalversammlung statt. Da die Neuwahlen vorgenommen werden, wird erwartet, daß alle Mitglieder erscheinen.

Waghäuser, 26. März. Soz. Verein. Samstag den 29. März, abends halb 8 Uhr, findet im Gasthaus „zur Ranne“ eine Versammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Parteigenosse fehlen.

Spätz, 26. März. Sozialdem. Partei. Am Samstag, 29. März, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ eine Mitgliederversammlung statt. Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten, da dringende Angelegenheiten zu erörtern sind. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Beginn 1/2 8 Uhr.

Forst, 26. März. Letzte Sonntag fand hier eine von der Soz. Partei einberufene Bezirksversammlung statt. Gen. Stadtschreiber und Frau Piefer aus Karlsruhe hatten das Referat übernommen; sie erstellten für ihre trefflichen Ausführungen reichen Beifall. Von Seiten der Männer war die Versammlung gut besucht, leider können wir dies von den Frauen nicht sagen, die Arbeiterfrauen hätten zahlreicher erscheinen dürfen. Es ist vor allem notwendig, daß die Frauen unsere Versammlungen besser besuchen. Wir stehen jetzt vor den Gemeindevorträgen, da heißt es für die Arbeiter, sich aufzurufen und solche Männer auf das Rathaus zu jenden, die für das Wohl der Allgemeinheit Sorge tragen und nicht bloß für eine gewisse Klasse.

Graben, 24. März. Die auf letzten Sonntag stattgehabte Mitgliederversammlung in der „Athena“ war gut besucht. In erfreulicher Weise hatten sich diesmal auch eine größere Anzahl Frauen eingefunden, die den Ausführungen des Genossen Hauptlehrer Häbler aus Heilbronn mit größtem Interesse folgten. er verband es in ausgezeichneter Weise, die Zuhörer durch seinen auf sachmännlicher Grundlage aufgebauten Vortrag „Ueber Schule und Volkserziehung“ zu fesseln. Reicher Beifall lohnte den Redner. Die darauffolgende Diskussion zeigte das große Interesse der Anwesenden zu diesem Thema. Genosse Fried gab dann noch den Bericht von der letzten Bezirkskonferenz, der sich in der Hauptsache mit dem Vollzug der Gemeindevorträge befaßt hatte. Mit dem Wunsche, daß die Anwesenden dafür sorgen möchten, daß bei den in den nächsten Wochen stattfindenden Gemeindevorträgen die Soz. Partei in genügender Zahl und durch die rechten Männer auf dem Rathaus vertreten sein werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Teutshäuser, 26. März. Die am letzten Sonntag nachmittags in der „Athena“ abgehaltene Frauenversammlung hätte besser besucht sein dürfen. Die sehr guten Ausführungen der Gen. Ruff aus Karlsruhe fanden Beifall und waren von dem Erfolg gekrönt, daß sich eine Anzahl Frauen in die Partei aufnehmen ließen. — Otlingen, 26. März. Am Samstagabend sprach in einer sehr gut besuchten Wahlvereinsversammlung im „Wilde Mann“ Gen. Forster, R. d. B., über die politische Lage und die Verfassungsarbeiten in Baden. Redner hielterte in vortrefflicher Rede nochmals die Geschicke der Revolutionszeit, all die Erregungen und Herbeiführen. Die badische Verfassung stellt einen Teil der Verantwortung dieser dar. Durch diese sind wir einen gewaltigen Schritt in freierlicher Hinsicht vorwärts gekommen. Unsere Vertreter in der Landesversammlung fehlen ihr Bestes dafür ein, daß die Forderungen unseres Programms erfüllt wurden. Wenn so manches nicht nach Wunsch ging, so dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Partei eben nicht die Mehrheit in der Landesversammlung habe, sondern nur ein Drittel der Sitze. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine 1 1/2 stündigen Ausführungen. Die Diskussion war eine lebhaft. Mehr als 10 Genossen beteiligten sich an derselben. Neben der Anerkennung des Erreichten wurde an verschiedenen geschäftlichen Arbeiten Kritik geübt. Besonders wurde betont, daß die Soldaten- und Arbeiterkate auch nach der Festlegung der Ver-

Seite 4.

fassung noch weiterbestehen müßten. Auch die Ueberlassung dreier weiterer Schiffe für den ehemaligen Großherzog wurde in Anbetracht der herrschenden Wohnungsnot direkt aufreißend. Gen. Sartorius wies in seinem Schlusswort auf die Angriffe zurück und gab über die verschiedenen strittigen Punkte Aufklärung. — Neben die kommende Gemeindevahl wurden dem Vorstand noch sieben weitere Genossen zugewählt. Mit einem warmen Appell an eifrige Mitarbeit schloß Gen. Stöcker um 1/2 Uhr die anregend verlaufene Versammlung.

Deutenheim, 26. März. Sozialdem. Verein. Samstag, 29. März, abends 1/8 Uhr findet im „Röhle“ eine Versammlung statt. Die sehr wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Mitglieder nötig.

Odenheim, 24. März. Sozialdemokratischer Verein. Nächsten Sonntag, 30. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zur „Rose“ eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins statt. Erscheinen sämtlicher Genossen ist unbedingt notwendig. Freunde unserer Sache heral. eingeladen.

Eschheim, 26. März. Samstag abends 8 Uhr findet in der „Rose“ eine Mitgliederversammlung des sozialdem. Vereins statt. Erscheinen sämtlicher Genossen ist unbedingt notwendig. Freunde unserer Sache heral. eingeladen.

Nastatt, 25. März. Das Gewerkschaftskartell hält am Samstag den 29. März d. R., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zum „Rappen“ eine kombinierte Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige; kein Kollege sollte es veräumen, dieser Versammlung beizuwohnen. Jeder organisierte Kollege hat als Ausweis sein Mitgliedsbuch vorzulegen.

8. badischer Reichstagswahlkreis. Die Mitgliedschaftsvorständen werden dringend ersucht, dafür zu sorgen, daß die Abrechnungen und Gelder für das 4. Quartal bis längstens 1. April in Händen des Kreisfinanziers Otto Stier zum „Rappen“ in Nastatt i. A. bei der Jahresabrechnung fertigstellen muß.

Nastatt, 25. März. Samstag, 29. März, abends 8 Uhr, findet in der Restauration zur „Burg Windel“ eine Parteiversammlung statt, zu der das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend notwendig ist.

Neues Parteiprogramm in Thüringen. In Meiningen wird vom 1. April an ein neues Parteiprogramm erlassen, um endlich in der Gegend des Berratales zwischen Salzungen, Schmalkalden, Meiningen, Hildburghausen usw. die Bevölkerung mit den Zwecken und Zielen des Sozialismus vertraut zu machen. Wir wünschen dem neuen Parteiprogramm besten Erfolg.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 27. März.

Sozialdem. Verein. In der Mitgliederversammlung gestern abend im Saal 8 der Brauerei Schreyb hielt Stadtrat Dr. Kullmann den angekündigten Vortrag über „Karl Marx“. Der Vortragende unterrichtete in laienhafter Ausdrucksweise, inwiefern durch die jetzigen Verhältnisse eine Verwirklichung des historischen Sozialismus gegeben ist und kam zu einem befriedigenden Resultat. Nebenher berührte Redner noch eine Reihe anderer Fragen, die sich aus dem Studium der Werke von Karl Marx, dieses überragenden Denkers ergeben. Am Schluß unterrichtete derselbe die Notwendigkeit der Vereinigung der Proletarier aller Länder, aber auch der Proletarier innerhalb Deutschlands. Die Zeit muß kommen, wo es wieder eine geeinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands gibt. An der Diskussion beteiligten sich die Gen. Dr. Dieck

und Verkehrsminister Kläcker. Die Versammlung war gut besucht. Zu Beginn derselben, sowie am Schluß kam der Vorsitzende Gen. Eck auf die bevorstehenden Gemeindevahlen zu sprechen und betonte die Notwendigkeit, in nächster Zeit für die Organisation zu werden. Gleichzeitig gab derselbe bekannt, daß die Buchhandlung des „Volksfreund“ ab 1. April nach dem Raden Adlerstraße 16 verlegt wird, in der Hoffnung, daß die Verlegung nach der Stadtmitte den Erwartungen gerecht wird.

Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Heute Abend findet ein Freilichtabend statt. Gen. Behring wird einleitend einen Vortrag über Ferdinand Freilicht halten, im Anschluß hieran werden die jugendlichen Gedichte von Freilicht vortragen, es werden sowohl die freilichtliebenden Kampfgedichte wie auch die stimmungsvollen lyrischen Werke des Dichters wiedergegeben werden. Es soll dann noch weiter eine Aussprache über die Bekämpfung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, worüber wir gestern schon nähere Mitteilungen machten, stattfinden. Neben den Mitgliedern der Arbeiter-Jugend, die vollständig erscheinen mögen, sind auch noch fernliegende freundschaftlich eingeladen. Die Zusammenkünfte finden jeweils im hiesigen Jugendheim neben dem hiesigen Arbeitsnachweis, Eingang Lammtstraße, statt.

Zur Wohnungsnot teilt der Badische Landeswohnungsverein mit: Jedem, der auf 1. April aus seiner Wohnung ausziehen soll, aber keine neue gefunden hat, wird geraten, zunächst einfach wohnen zu bleiben. Der Vermieter kann von sich aus die Wohnung nicht ohne weiteres zwangsweise räumen lassen. Er muß zunächst auf Räumung klagen, ein Urteil erlangen und den Gerichtsvollzieher mit dem Vollzug der Räumung beauftragen. Der Mieter soll sich daher nicht verlegen lassen und im gerichtlichen Termin sofort keine Räumungspflicht anerkennen (dies verhilft die Gerichtskosten). Er hat aber das Recht eine „den Umständen nach angemessene Frist zu Räumung“ beim Gericht zu beantragen. Unter den heutigen Umständen, das heißt der Unmöglichkeit eine Wohnung zu bekommen, wird das Gericht eine sehr lange Räumungsfrist genehmigen müssen. (Das Mietereingangsamt ist z. B. berechtigt, bei der herrschenden Wohnungsnot einen Mietvertrag bis zu einem Jahr zu verlängern.) Der Mieter kann schon vor dem Termin seine Anträge auf der Gerichtsvollzieherei andringen, falls er mittellos ist, für sich das Armenrecht beantragen.

Von der Volkswehr wurden in diesem Monat welcher beklagte, wird der einhundert Stellen abgeliefert; am 22. März: Vier einem Wirt aus Teufelshausen 60 Pfund Fleisch, ferner 2 Schweine und 1 Wagenladung Kraut hier, sowie am hiesigen Hauptbahnhof von Porsheim ein: 25 Pfund Kermis, 1 Dreiecken, 1 silberne Broche mit Kette; am 24. März: ebenfalls am hiesigen Bahnhof 1 Kiste mit 2 1/2 Tausend Kugeln von einem angesehnen Klein aus Wiesloch für eine Firma hier, sowie in einem Gefäß hier 20 Pfund Butter, 1/2 Zentner Zucker, 30 Pfund Milch, 100 Stück Eier und mehrere Pfunden Fruchtzucker.

Verbesserung der Lebensbedingungen. Man jodelt uns: Der Badische Landesrat für Körperpflege und Jugendberichterstattung hat nach wenigen Wochen seines Bestehens zum erstenmal mit einer größeren Veranstaltung an die Öffentlichkeit. Zum Teil in Wirklichkeit, zum Teil im Bild durch prächtige Lichtbilder und Filme werden alle Arten der Lebensbedingungen vorgeführt, u. a. die Olympischen Spiele in Stockholm, das Fußballspiel Per-

lin-Hamburg, Godespiel, Schwimmen u. dergl. mehr. Der Eintritt (siehe Inserat) beträgt für alle Plätze nur eine Mark. Das besonders Verdienstliche an der ganzen Veranstaltung ist, daß sie am folgenden Tag, den 8. April, bei freiem Eintritt für die hiesigen Schüler in vollem Umfang wiederholt wird. Beide Male werden besonders auch der Schullehrer und die Schülerschüler mit je 2 Vorträgen große Anerkennung finden.

Herrn Rat Guth-Vender, der bisherige stellvertretende Amtsrath und Vorsitzende des Ausschusses des Kommunalverbandes Karlsruhe-Land, hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten, um dann nach seinem neuen Wirkungskreise in Nastatt überzusiedeln. Der Weggang von Herrn Rat Guth-Vender wird von allen denen, die mit ihm in seiner Eigenschaft als Beamter des Bezirksamts wie auch als Leiter des Kommunalverbandes Karlsruhe-Land in Berührung kamen, auf das lebhafteste und aufrichtigste bedauert. Als Vorgesetzter verstand Herr Guth-Vender sich die Achtung und Liebe aller seiner Beamten und Angestellten zu erwerben, er hatte für die Wünsche der Gewerkschaften stets ein offenes Ohr; auch für die Wünsche der Gewerkschaften hatte er allezeit Verständnis und bereitwilliges Entgegenkommen, ebenso anerkannt wird seine Tätigkeit als Vorsitzender des Bezirksamts wie als Leiter des Kommunalverbandes Karlsruhe-Land. Es wurden denn auch von verschiedenen Seiten Bemühungen gemacht, Herrn Guth-Vender hier zu behalten, jedoch vergeblich. Wir leben noch zu sehr im alten Obrigkeitsstaate, das Wort von der „freien Wahl“ steht dort noch auf dem Papier. Herr Guth-Vender muß von hier gehen, weil er für den hiesigen Posten noch nicht das — nötige Alter hat! So will es die hohe Obrigkeit nicht bis Personalreferent! Es wurde Herrn Guth-Vender bei seinem Abschiede allerseits herzlichster Dank für sein erfolgreiches Wirken am hiesigen Orte ausgesprochen. Sein Nachfolger ist bekanntlich Herr Oberamtmann Hebing.

Das neue Bankgebäude der Mitteldeutschen Creditbank, Kaiserstraße 96, vorher Alfred Seeligmann u. Cie. wurde vorgestern eröffnet. Der Bankbetrieb, welcher seit dem 5. April 1918 Kaiserstraße 140 ein Interimslokal inne hatte, konnte nach langer Zeit in die neuen würdigen Räume übergeführt werden. Der Bau wurde nach den Plänen der Firma H. Holzmann u. S. in Frankfurt (Architekt Rüdiger) in Verbindung mit den hiesigen Architekten G. u. J. Bebel erstellt. Das Gebäude bildet mit seiner großzügigen, monumental wirkenden Fassade eine neue architektonische Zierde unserer Stadt.

Konzerthaus. Freitag, 28. März, findet eine Neuenstaftung von Goethes „Clavigo“ statt. Die Titelrolle spielt zum erstenmal Herr Edm. Schmidt, die Marie Fräulein Linke, Carlos Herr Baumbach, Beaumarchais Herr Weder. Inszenierung: Dr. Max Noemke.

Verantwortlich: Für Redaktionen, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und alle Nachrichten Herrmann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Gesundheit Herrmann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Kaiserstraße 24.

Unsere filialinhaber, welche die Zeitungsendungen durch Post-überweisungen erhalten und die Bezieherzahl für April uns noch nicht mitteilen, erlauben wir um sofortige Meldung, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Verlags des Volksfreund.

Verbandsanzeiger. Weingarten. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 29. d. M., abends 1/8 Uhr, Versammlung im „Röhle“. Sehr wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Mitglieder nötig. 2156

Auskunft Bürgel 300 Geschäftsstellen. Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements. Auskünfte für Jedermann. 4109. Friedrichsplatz 2. Tel. 455.

Bekanntmachung. Die Festsetzung der Straßen- und Baukosten in der Kapellenstraße, Kriegs- und Stendstraße bes. In der Verleseratsung vom 14. Januar 1919 wurde gemäß §§ 3 und 6 des Ortsstatuts... 2154

Nationaler Frauendienst. Badischer Lehrerinnenverein (Abt. Karlsruhe). Donnerstag, den 27. März, nachmittags 5 Uhr, im großen Rathsaal. Vortrag von Frau Dr. Altmann-Gottschewer: „Die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde“. Eintritt frei.

Möbelschreiner zum sofortigen Eintritt gesucht. Markstahler & Barth, Karlsruhe 67.

Piano zu günstigen Bedingungen im Odeon-Musikhaus, Karlsruhe, Kaiserstraße 175.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Turnstunden. Turnerrinnen: Montags, Turnhalle Mühlburg, Gerdstraße. Donnerstags, Goethestraße, Gartenstraße. Männerabtlg.: Dienstags, Gutenbergschule, Neßstr. Dienstags, Mühlburg, Gerdstraße. Donnerstags, Mühlburg, Gerdstr. Freitag, Lidschule, Marktgrabenstr. jeweils von 7-9 Uhr abends.

Anteilscheine. Die Inhaber von Anteilscheinen, welche auf Zahlung respektieren, werden gebeten, dies bis spätestens 1. April 1919 dem Turnvereins Kassier Friedrich Stuck, Sternbergstraße 1, mitzubringen. Nach dem 1. April verlieren die Anteilscheine ihre Gültigkeit. Der Turnrat.

Danksaagung des Nationalen Frauendienstes. Bei der Auflösung unserer verschied. en Kriegseinrichtungen — Kriegslinderheime, Mühlstraße, Mitarbeit in den Ganztagsorten, Wiraarbeiten usw. — gedenken wir der vielen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, sowie der freundlichen Spender und Sprechern Ihnen allen an dieser Stelle für die wirksame Hilfe unseren herzlichsten Dank aus. 2141 Der Vorstand.

Dantels Konfektionshaus Karlsruhe. Gute mod. dunkelgraue Kostümstücke solid gearbeitet in allen Weiten. 48.75 Mark franco gegen Nachnahme. 2140

Einen guten Fang. macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch geschliffen u. repariert werden können. Karl Hummel, Werdorstr. Nr. 11, Tel. 1547.

Städtisches Konzerthaus. Donnerstag, den 27. März 1919. 2153. Vorstellung des Badischen Landestheaters. Donnerstagsmiete Nr. 26. Wegen mehr. Erkrankungen im Personal statt, Martha. Rigoletto. Oper in 4 Akten, nach Victor Hugos „Le roi s'amuse“ von F. M. Piave. Musik von G. Verdi. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Möbelschreiner und Bildhauer. finden Beschäftigung bei Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik, Kienstraße 25. 2444

Ausgezeichnete Frauen-Haare werden fortwährend angekauft und gut bezahlt bei Aug. Birt, Damenkleider u. Perückenmacher. 1350. Vorstr. 19, Tel. 3638. B-Trompete, B-Wissen, Es-Forn und eine Trommel, alles gut erhalten, zu verkaufen. Franz Oberl, Waidreidstr.

Listen III. Klasse und IV. Klasse. Die ich empfehle, wie auch vertrieben 1, 2 und 3 Markst. 2140

Ludwig Göb. Bab. Lotterieleinnehmer. Eisenbahnerischen in allen Größen zu haben in Weintraub An- u. Verkaufsgeschäft, Kronenstraße 52. 2141

Schneider. auf Verringerung und Maßarbeit bei höchster Bezahlung, in oder außer d. Hause, sofort gesucht. 2142. Amalienstraße 26.

Burschen, über 14 Jahre, sof. gesucht. Wochenlohn 20 Mk. 2146. Pausch, Buchhandlung, Lützenstraße 63.

Junger Mann zum Abonnenten sammeln. hier u. außerhalb gesucht. Wöchentlich 24 Mark und hohe Provision. 2145. Pausch, Buchhandlung, Lützenstraße 63.

Achtung! Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbstbeladung und geliebten Leuten gut und billig ausgeführt. Näheres Adam Werle, Götthstr. 21, t. St.

Schlüsselbund am Montag in der Stadt verloren gegangen. Abzugeben im Volksfreundbüro.

Bekanntmachung.

Enteignung von Grundstücken auf Gemarkung Karlsruhe-Daglanden zur Erstellung des 5. Rheinhafenbeckens durch die Stadtgemeinde Karlsruhe betr.

Aufgrund des geschehenen Abtretungsverfahrens sind die nachgenannten Grundstückseigentümer verpflichtet, für die Zwecke des obigen Unternehmens die unten verzeichneten auf Gemarkung Karlsruhe-Daglanden gelegenen Grundstücke bezw. Teile derselben gegen vorgängige Entschädigung an die Stadtgemeinde Karlsruhe abzutreten und zwar:

D. Nr.	Ragebuch-Nr.	Der Grundstückseigentümer		Gemarkung	Kulturart	Flächenmaß	
		Name	Wohnort			im Ganzen qm	abzutreten sind qm
1	7570	Max Emil, Diele-	Karlsruhe-Daglanden	Neufeld	Ackerland	605	605
2	7571	„	„	„	„	1925	1925
3	7572	„	„	„	„	375	375
4	7573	„	„	„	„	369	369
5	7574	„	„	„	„	382	382
6	7575	„	„	„	„	791	791
7	7576	„	„	„	„	1116	1116
8	7577	„	„	„	„	554	554
9	7578	„	„	„	„	558	558
10	7579	„	„	„	„	450	450
11	7580	„	„	„	„	707	707
12	7581	„	„	„	„	715	715
13	7582	„	„	„	„	710	710
14	7583	„	„	„	„	1067	1067
15	7584	„	„	„	„	540	540
16	7585	„	„	„	„	1082	1082
17	7586	„	„	„	„	585	585
18	7587	„	„	„	„	1834	1834
19	7588	„	„	„	„	1544	1544
20	7589	„	„	„	„	1082	1082
21	7590	„	„	„	„	1307	1307
22	7591	„	„	„	„	495	495
23	7592	„	„	„	„	496	496
24	7593	„	„	„	„	366	366
25	7594	„	„	„	„	317	317
26	7595	„	„	„	„	378	378
27	7596	„	„	„	„	535	535
28	7597	„	„	„	„	378	378
29	7598	„	„	„	„	411	411
30	7599	„	„	„	„	549	549
31	7600	„	„	„	„	358	358
32	7601	„	„	„	„	362	362
33	7602	„	„	„	„	318	318
34	7603	„	„	„	„	720	720
35	7604	„	„	„	„	838	838
36	7605	„	„	„	„	409	409
37	7606	„	„	„	„	558	558
38	7607	„	„	„	„	1845	1845
39	7608	„	„	„	„	751	751
40	7609	„	„	„	„	749	749
41	7610	„	„	„	„	535	535
42	7611	„	„	„	„	628	628
43	7612	„	„	„	„	716	716
44	7613	„	„	„	„	715	715
45	7614	„	„	„	„	709	709
46	7615	„	„	„	„	708	708
47	7616	„	„	„	„	711	711
48	7617	„	„	„	„	774	774
49	7618	„	„	„	„	761	761
50	7619	„	„	„	„	776	776
51	7620	„	„	„	„	356	356
52	7621	„	„	„	„	989	989
53	7622	„	„	„	„	378	378
54	7623	„	„	„	„	779	779
55	7624	„	„	„	„	650	650
56	7625	„	„	„	„	1845	1845
57	7626	„	„	„	„	384	384
58	7627	„	„	„	„	580	580
59	7628	„	„	„	„	558	558
60	7629	„	„	„	„	558	558
61	7630	„	„	„	„	546	546
62	7631	„	„	„	„	351	351
63	7632	„	„	„	„	856	856
64	7633	„	„	„	„	474	474
65	7634	„	„	„	„	537	537
66	7635	„	„	„	„	716	716
67	7636	„	„	„	„	716	716
68	7637	„	„	„	„	711	711
69	7638	„	„	„	„	582	582
70	7639	„	„	„	„	719	719
71	7640	„	„	„	„	705	705
72	7641	„	„	„	„	1544	1544
73	7642	„	„	„	„	964	964
74	7643	„	„	„	„	573	573
75	7644	„	„	„	„	569	569
76	7645	„	„	„	„	582	582
77	7646	„	„	„	„	847	847
78	7647	„	„	„	„	567	567
79	7648	„	„	„	„	1134	1134
80	7649	„	„	„	„	494	494
81	7650	„	„	„	„	494	494
82	7651	„	„	„	„	485	485
83	7652	„	„	„	„	1824	1824
84	7653	„	„	„	„	975	975
85	7654	„	„	„	„	285	285
86	7655	„	„	„	„	297	297
87	7656	„	„	„	„	329	329
88	7657	„	„	„	„	329	329
89	7658	„	„	„	„	347	347
90	7659	„	„	„	„	370	370
91	7660	„	„	„	„	690	690
92	7661	„	„	„	„	826	826
93	7662	„	„	„	„	486	486
94	7663	„	„	„	„	589	589
95	7664	„	„	„	„	726	726
96	7665	„	„	„	„	874	874
97	7666	„	„	„	„	874	874
98	7667	„	„	„	„	450	450
99	7668	„	„	„	„	2151	2151
100	7669	„	„	„	„	1076	1076
101	7670	„	„	„	„	585	585
102	7671	„	„	„	„	716	716
103	7672	„	„	„	„	768	768
104	7673	„	„	„	„	1126	1126
105	7674	„	„	„	„	575	575
106	7675	„	„	„	„	1325	1325
107	7676	„	„	„	„	754	754
108	7677	„	„	„	„	380	380
109	7678	„	„	„	„	329	329
110	7679	„	„	„	„	320	320
111	7680	„	„	„	„	320	320
112	7681	„	„	„	„	654	654

D. Nr.	Ragebuch-Nr.	Der Grundstückseigentümer	Gemarkung	Kulturart	Flächenmaß im Ganzen qm	abzutreten sind qm
113	7697	Max Emil, Diele-	Karlsruhe-Daglanden	Neufeld	Ackerland	1688
114	7698	„	„	„	„	559
115	7699	„	„	„	„	1086
116	7700	„	„	„	„	623
117	7701	„	„	„	„	719
118	7702	„	„	„	„	1412
119	7703	„	„	„	„	765
120	7704	„	„	„	„	767
121	7705	„	„	„	„	1144
122	7706	„	„	„	„	310
123	7707	„	„	„	„	636
124	7708	„	„	„	„	525
125	7709	„	„	„	„	606
126	7710	„	„	„	„	812
127	7711	„	„	„	„	747
128	7712	„	„	„	„	407
129	7713	„	„	„	„	611
130	7714	„	„	„	„	811
131	7715	„	„	„	„	916
132	7716	„	„	„	„	569
133	7717	„	„	„	„	447
134	7718	„	„	„	„	427
135	7719	„	„	„	„	415
136	7720	„	„	„	„	443
137	7721	„	„	„	„	408
138	7722	„	„	„	„	363
139	7723	„	„	„	„	376
140	7724	„	„	„	„	518
141	7725	„	„	„	„	1476
142	7726	„	„	„	„	407
143	7727	„	„	„	„	374
144	7728	„	„	„	„	726
145	7729	„	„	„	„	357
146	7730	„	„	„	„	427
147	7731	„	„	„	„	838
148	7732	„	„	„	„	846
149	7733	„	„	„	„	350
150	7734	„	„	„	„	411
151	7735	„	„	„	„	297
152	7736	„	„	„	„	807
153	7737	„	„	„	„	672

Nachdem das Enteignungsverfahren für eröffnet erklärt wurde, wird Tagfahrt zur Verhandlung über die Entschädigung auf:

Montag, den 7. April 1919, vormittags 9 Uhr

Beginnen mit einer Besichtigung der Grundstücke und Fortsetzung der Verhandlungen sodann im Gemeindefaust in Karlsruhe-Daglanden — anberaumt.

Als Beisitzer werden berufen die Herren: Architekt Curjel in Karlsruhe und Bürgermeister Herbst in Hochstetten.

Zu dieser Tagfahrt werden sämtliche Beteiligten, insbesondere auch etwaige Mieter und Pächter, letztere mit dem Austrag, die Miet- und Pachtverträge vorzulegen mit den Anträgen, das auch bei ihrem Ausbleiben die Entschädigung festgestellt und wegen Auszahlung oder Hinterlegung derselben verfügt werden wird.

Anträge auf Übernahme des ganzen Grundstücks in den Fällen des § 11 oder des § 12 entfallen in den Fällen des § 13 Absatz 2 und § 15 Absatz 2 oder auf Entschädigung für die Aufhebung einer Grundbesitzverteilung in den Fällen des § 13 Absatz 3 des Enteignungsgesetzes sind spätestens in der Tagfahrt zu stellen.

Nach dem Schlusse der Verhandlungen sind Anträge dieser Art nicht mehr zulässig.

Etwas andersartige Verträge werden hiermit aufgefodert, ihre auf Entschädigung bezüglichen Anträge spätestens in der Tagfahrt zu stellen, widrigenfalls ihre Anträge in dem weiteren Verfahren keine Berücksichtigung finden und dem Unternehmer gegenüber ausgefallen werden.

Karlsruhe, den 18. März 1919.

Der Landeskommissär für die Kreise Karlsruhe und Baden.

Verordnung.

Den Anbau von Tabak im Jahre 1919 betreffend.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über die Errichtung von Prüfungsstellen und die Verordnung über die Errichtung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt Seite 87, 729) und 6. Juli 1916 (Reichs-Gesetzblatt Seite 673) wird verordnet, was folgt:

§ 1.

Der Anbau von Tabak ist im Jahre 1919 nur denjenigen Landwirten gestattet, welche im Jahre 1918 Tabak gepflanzt haben und imstande sind, sich und ihre Wirtschaftsangehörigen aus ihrem Betriebe mit Kartoffeln und Getreide selbst zu versorgen und das hierfür erforderliche Saatgut zu liefern.

Den hiernach zum Anbau von Tabak berechtigten Landwirten ist nicht gestattet, eine größere Fläche mit Tabak anzubauen, als von ihnen im Jahre 1918 mit Tabak angebaut war.

§ 2.

Das Bezirksamt kann Ausnahmen zulassen.

Gesuch um Ausnahmegewährung sind längstens bis 1. April 1919 beim Bürgermeisteramt einzureichen, welches die Gesuche nach erfolgter Vernehmung an das Bezirksamt zur Entscheidung weitergibt.

§ 3.

Wer diesen Anordnungen zuwiderhandelt wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Karlsruhe, den 15. März 1919.

Ministerium für Ernährungswesen.

D. B. 112

Mieter- und Bauverein Karlsruhe.

— E. G. m. b. H. —

Wohntstraße Nr. 9, 2. St., haben wir auf 1. Juli l. J. eine Wohnung von 4 Zimmern u. reichl. Zubehör, evtl. 3 Zimmer, zu vermieten. Die Verbungen wollen im Büro bis Samstag, den 29. März, abds. 7 Uhr erfolgen, wo es ist die Verlosung stattfindet.

Karlsruhe, 24. März 1919.

Der Vorstand.

Klavier-Stimmungen

werden sehr gewissenhaft u. rasch zu Preisen ausgeführt.

H. Treusch, Musiklehrer

Siechstraße 118.

J. Hartmann

Karlsruhe 22, St. II.

empfiehlt 1621

Daunenmäntel

für Frühjahr u. Herbst und

Arbeitsjosen.

Ernst Oehner

Tapetier-Geschäft

Rappenerstraße 23.

Empfiehlt sich im Tapezieren, Anfertigen und Aufarbeiten von Polstermöbel, Vorhänge aufhängen, Sofaufstellen reparieren, gut und billig.

1277

Kopfschuppen

(Schuppen). Garrausfall befeuchtet unter Garantie mein Kräuterarzneimittel, M. K. 3. Anerkennung u. Dankschreiben.

Drogenhaus 2142z

S. Vocatus, Berlin N.

Schönhauser Allee 132.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. 21. März: Karl Adolf, Vater Emil Billing, Schuldiener; Eduard, Sohn, Vater Eduard Trentl, Arbeiter; 22. März: Werner, Vater Emil, Arbeiter; 23. März: Kurt, Gottlieb und Friede, Paula, Helene, Rosine, Vater Gottlieb Wiedmaier, Schuhmacher; Karl, Vater Karl Helmig, Schlosser; Ruth, Verma, Johanna, Wilhelmine, Vater Wilh. Schürig, Probantmeister; Hans, Vater Wilh. Zimmer, Wahnarbeiter; Eva, Emma, Vater Fritz Wolf, Dr. phil. Chemiker; Ida, Vater Abraham Mendium, Metzger; 24. März: Paul, Vater Hilfer Katteroff, Kaufmann; Otto, Ludwig, Vater Franz Huber-Beiter, Bergmeister; 25. März: Anneliese, Vater Ernst Spitzfaden, Metzger.

Todesfälle. 23. März: Friedrich, alt 16 Jahre, Vater Friedrich Binnes, Gastwirt; 24. März: Gertrud Seegmüller, ledig, ohne Beruf, alt 19 Jahre; Jakob Hund, Chemann, Fuhrmann, alt 55 Jahre; 25. März: Luise Ward, ledig, ohne Beruf, alt 80 Jahre; Viktoria Deyb, alt 62 Jahre, Witwe von Albert Deyb, Reviseur; 26. März: Luise Kasper, alt 75 Jahre, Witwe von Martin Kasper, Sattlermeister.

Rasenbleiche

Wäsche zum waschen nimmt jederzeit an 214z

Frau Glauk, Karlsruhe-Wahlburg, Reinitz. 105.

Auskunftsverteilung über Gebührenfragen.

Entlassene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften werden sich vorzulegen unmittelbar an das Kriegsministerium, um Auskunft bezüglich Kriegsteuerungsangelegenheiten, Entlassungs- und Marschgebühren, sowie anderer Gebührenfragen zu erhalten. Der Dienstbetrieb dieser Dienststelle wird hierdurch auf das Äußerste erspart. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß alle nachträglichen Eingaben und Gesuche wegen Kriegsteuerungsbezügen, in Entlassungs- bezw. Marschgebühren- und Gebührenfragen unter genauer Bezeichnung des letzten Truppenteils dem für den Wohnort zuständigen Bezirkskommando vorzulegen sind, das für Weitergabe oder unmittelbare Erledigung verantwortlich ist.

Alle für die Folge an das Kriegsministerium unmittelbar gerichteten Anfragen und Gesuche solcher Art bleiben unbeantwortet.

Derartige Anfragen sind für die Folge auch nicht unmittelbar an das Generalkommando oder die Intendantur zu richten.

Landesausschuh der Soldatenräte Badens.

Generalkommando XIV. A. S.

Der Chef des Stabes

Föhrenbach,

Oberlieutenant.

E. Nr. 474